



LANDESBEZIRKSVORSTAND

Wie viel „Mensch“ verträgt die Polizei?

„Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken.“ „Die Arbeitskraft steht unter dem Schutze des Staates“. So klar und eindeutig kann man das Verhältnis aller Menschen, aller Mitarbeiter untereinander sowie die Pflicht des Staates auch ihren Mitarbeitern gegenüber formulieren, wenn man denn möchte. Betrachtet man jedoch aus einer beobachtenden Distanz heraus Entwicklungen, wie wir sie seit geraumer Zeit in der Organisation „Polizei Hamburg“ notieren, könnte der Zweifel entstehen, ob sich auch wirklich alle, die an verantwortlichen Stellen innerhalb unserer Organisation handeln, dem Aussagegehalt dieser Sätze bewusst sind.

Jede Bürgerin, jeder Bürger unserer Stadt hat das Recht auf eine menschliche und modern ausgerichtete Polizei. Diesem Anspruch werden meine Kolleginnen und Kollegen draußen auf der Straße jeden Tag wieder und wieder in höchstem Maße gerecht. Aber haben nicht auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Recht, in ihrem anspruchsvollen und schweren Dienst die Unterstützung des Dienstherrn zu spüren? Ich denke, dass die Würde des Menschen von einer Organisation wie der unsrigen nach außen nur dann gewahrt werden kann, wenn sie nach innen ebenfalls gelebt wird. Führen in diesem Sinne sollte bedeuten, durch Motivation und nicht durch Kontrolle zu lenken, Aufgaben zu delegieren, Fürsorge und Gerechtigkeit als obersten Maßstab gelten zu lassen.

Und wie sieht es in der Wirklichkeit aus?

Menschlichkeit in der Polizei, Fairness gegenüber den Arbeitnehmern, beiderseitige Treue und Rücksichtnahme scheinen unmodern geworden zu sein. Mit ein paar Beispielen möchte ich in Frage stellen, ob soziales Denken und ethisch korrektes Handeln wirklich noch die Rolle spielt, die sie eigentlich spielen sollte ...

In über einhundert (!) Fällen ermittelte die Dienststelle D.I.E. gegen Beschäftigte der Polizei wg. möglicher Überbezahlungen, falsch oder unbe-

ren Fälle“ zur Ermittlung freigegeben. Wir wissen aber, dass selbst bei kleinsten Summen, völlig unklaren Ursachen für die Fehlzahlungen und sogar in Si-



André Bunkowsky, Landesvorsitzender der GdP Hamburg

rechtigt erhaltener Zulagen etc. Angeblich wurden nur „die kla-

turen, in denen der/die Betroffene WENIGER Geld be-

kommen hat als zustehend oder die Dienststelle die Versäumnisse verursacht hatte, ermittelt wurde! Kollegen, die während der WM freiwillig aus ihrem Regeldienst gegangen sind und Extra-Schichten geleistet haben, werden dann noch wegen möglichen Betruges angeprangert!? Und gleichzeitig besitzt die Dienststelle in anderen Fällen die Frechheit, bei von ihr verursachten Unterbezahlungen, die sie auch eingeräumt hat, nur einen Teil der zurückgehaltenen Gelder auszubehalten obwohl sie rechtlich verpflichtet ist, alles sofort nachzahlen!? Und hat es Reaktionen gegeben? Wenn die Dienststelle feststellt, dass es scheinbar weit verbreitet Probleme mit den Abrechnungen gibt: warum informiert sie ihre Mitarbeiter nicht? Warum gibt sie keine Broschüren heraus, in denen allen das Zulagensystem noch einmal erklärt wird? Warum wird es hingenommen, dass die Sachbearbeiter nicht ausreichend informiert werden und stattdessen schulterzuckend aufgeben müssen? Das ist unmoralisch und unsozial!

Wir haben Schulungen angeboten

Das neue Tarifrecht sorgt – verständlicherweise – bei allen Beschäftigten, die in diesem Bereich die Bezahlungen an neues Recht anpassen müssen, für erhebliche Beanspruchung und Belastung. Wie aber kann es sein, dass die Dienststelle von sich aus versäumt, alle SachbearbeiterInnen ausreichend zu informieren und zu schulen? Unser Angebot, fachlich hochkompetente Mitarbeiter (Mitglieder

Fortsetzung auf Seite 2

- **Wie viel „Mensch“ ver- trägt die Polizei?** Seiten 1/2
- **Haushaltsberatungen beendet** Seite 3
- **Besuch aus Dessau** Seite 4
- **Das Rätsel: Der Polizei- schnipsel** Seite 4
- **Irrsin oder Reform** Seite 5
- **Einspruch per Muster- brief möglich** Seite 5
- **Was macht die Gewerk- schaft für mich?** Seite 6
- **Endet es bei den Socken?** Seite 6
- **Wer fährt wo?** Seite 6
- **Fachgruppe Senioren** Seite 7

REDAKTIONSSCHLUSS

für die März-Ausgabe ist der **7. Februar 2007.**



Deutsche Polizei

Ausgabe:

Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:

Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreislite Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (040) 40 94 34

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

LANDESBEZIRKSVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

der GdP) für die Zeit der Tarifumstellungen für Schulungen zur Verfügung zu stellen (die dafür natürlich zeitweise freigestellt werden müssten) lehnte man ab, obwohl an allen Ecken und Enden der Schulungsbedarf besteht. Das ist unverantwortlich und kurzgedacht! Die Folge davon ist, dass die Zahlungsumstellungen nicht funktioniert haben, dass fast alle am Streik Beteiligten falsche Abrechnungen erhalten haben, vielen anfangs zu viel Geld überwiesen wurde. Schlimmer noch: hinterher wurden sie massiv, teilweise bis an die Grenzen der Nötigung unter Druck gesetzt und unter Vorhalt rechtswidriger (!) Regelungen gezwungen, ihr Geld möglichst sofort und komplett zurückzuzahlen. Wir reden dabei auch von Angestellten mit relativ niedrigen Gehaltsgruppen, die oftmals eh nur knapp über den sozialen Mindestanforderungen liegen. Aber bei ihnen auch noch so zu tun, als seien sie rechtfreie Verfügungsmasse, das geht dann doch zu weit. Selbst auf gesetzlich vorgeschriebene Pfändungsgrenzen wollte man keine Rücksicht nehmen! Hier wurden sowohl die Sachbearbeiter alleingelassen als auch die MitarbeiterInnen ungebührlich behandelt. Das ist unmoralisch und unsozial!

Weitere Beispiele:

Ein neues Beurteilungssystem für Beamte wird in die Polizei eingeführt. Trotz wissenschaftlicher Gegenbeweise will man dennoch bei Beurteilungen eine Normalverteilung nach „Gausscher Kurve“ erreichen. Maßstabsidentität durch Schablonen – was zählt schon der einzelne Beschäftigte.

Auswahlverfahren

werden momentan in regelmäßiger Folge von Gerichten gekippt, weil Art und Inhalt, Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen nicht den rechtlichen Normen entsprechen.

Es wird ein neues Auswahlverfahren für den LA II gestrickt und soll durchgeführt werden, obwohl es noch bestehende Regelungen gibt, die beachtet werden müssten.

Ausnahme- genehmigungen

für die Bewerbung zum LA II werden scheinbar willkürlich getroffen, bestehende schriftliche Vereinbarungen, die zwischen PL und dem Personalrat getroffen wurden, werden schlicht missachtet!

Bewertung im höheren Dienst

Und für die beurteilungsrelevanten Bewertungen der Beschäftigten des höheren Dienstes schafft man ein Bewertungssystem, welches es eigentlich gar nicht richtig gibt, welches nicht mitbestimmt ist und Kriterien enthält, über deren Aussagekraft man zumindest zweifeln darf. Und über die Menschen bewertet wird im stillen Kämmerlein – Das bewährte Verfahren für die Auswahl zum LA III wird der Fachdienststelle entzogen, man entfernt sich immer mehr von wissenschaftlich haltbaren Auswahlkriterien, die – dem Grundgesetz entsprechend – einzig nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung auswählten und bewegt sich hin zu einer zentralen Steuerung, bei der am Ende die Amtsleitung das Letztentscheidungsrecht vorhält. Die Polizei ist aber eine staatliche Behörde und kein wirtschaftliches Unternehmen und hat sich bei der Auswahl ihrer Beschäftigten an anderen Voraussetzungen zu orientieren!

PK Zusammenlegungen

Die Zusammenlegung von PK sollte husarenhaft durchgepeitscht werden, ohne dass bei der Umsetzung auch nur ein Mindestmaß an Standards eingehalten wurde. Das Angebot, in Ruhe zu reden und dann zu han-

deln, wurde ignoriert, mittlerweile zählt man nicht mehr Monate, sondern in Jahren, weil immer noch nicht alle Voraussetzungen geschaffen wurden, die die Mitarbeiter auch mitnehmen. Die Spitze wird dem Ganzen noch dadurch aufgesetzt, dass man an der Führungsakademie stolz den „Hamburger Weg“ erklärt, der sich rühmt, durch „vertraute“ Planungen im kleinen Kreise Führungsentscheidungen ohne große Gegenwehr und Zeitverzug umsetzen zu können. . . . – Beispiele, die zeigen sollen, dass von verantwortungsvollem, verlässlichen Verwaltungshandeln immer mehr abgerückt wird zugunsten von kritikarmen, tempororientierten Alibi-Projekten, die das Interesse des Einzelnen, die Mitwirkung der Betroffenen und die kritische Auseinandersetzung mit fachlichen Inhalten immer weniger berücksichtigen. Das ist unmoralisch, ignorant und unsozial!

Was folgt?

Die Folge davon aber ist eine allgemeine Einschüchterung und Resignation der Beschäftigten und die Verknöcherung unserer internen Diskussionsfähigkeit. Es wird immer mehr einfach nur noch „hingenommen“, die Zwecklosigkeit kritischer Beteiligung behauptet. Ich weiß, dass es anders lautende Positionen zu solchen Aussagen gibt, dass auch immer wieder die Meinung vertreten wird, man sei doch offen für Kritik und Empfehlungen. Leider sieht die Wirklichkeit in den meisten Bereichen anders aus. Wenn aber überall die geistig regen Köpfe dieselben in den Sand stecken und sich nicht mehr – wenn auch unbequem – einbringen, erhalten die Aussagen weniger Verantwortlicher den zweifelhaften Status einer „internen Weltanschauung mit Absolutheitsanspruch“, was am Ende zur Verödung des geistigen Lebens und zur ständigen Ausgrenzung Andersdenkender führt. Ach ja: die ersten beiden Sätze des Artikels stammen aus der Präambel unserer Hamburger Verfassung. . . .

André Bunkowsky

Haushaltsberatungen beendet. Und was wird aus dem Laufbahnverlaufmodell . . . ?

Nach unseren Erkenntnissen spielte das Laufbahnverlaufmodell keine grundlegende Rolle bei den vor kurzem abgeschlossenen Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2007/2008. Zurzeit finden Gespräche auf Arbeitsebene zwischen der Innenbehörde und der Finanzbehörde statt.

„Knackpunkte“ der Verhandlungen:

- Wie sollen die Leistungskomponenten Berücksichtigung finden?
- Was passiert mit den zu erwartenden Härtefällen?

Das Thema „Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen“ sowie die „Verkürzung der im Laufbahnverlaufmodell vorgesehenen viel zu langen Verweilzeiten“ scheint nicht zur Diskussion zu stehen. Wir erwarten zu diesem Thema einen aktuellen Sachstand und haben dafür den Senator in der nachstehenden Form angeschrieben.

Unsere Forderung bleibt bestehen!

Die Zweigeteilte Laufbahn für die Polizei Hamburg

Auszüge aus dem Schreiben an Senator Nagel

Sehr geehrter Herr Senator Nagel,
mit großem Interesse haben wir den Ablauf der Haushaltberatungen 2007/2008 verfolgt. Vor allem der Bereich des angekündigten Laufbahnverlaufmodells für die Polizei Hamburg fand jedoch nach unseren Erkenntnissen keine öffentlich wahrnehmbare Berücksichtigung.

Wir fragen daher:

- Welche Erwartungen können wir als Gewerkschaft der Polizei, vor allem aber die Kolleginnen und Kollegen an dieses Modell stellen?
- Ist der geplante Einführungszeitpunkt zum 1. Januar 2008 realistisch?
- Welche Konkretisierungen hinsichtlich der sog. „Härtefälle“ bestehen derzeit?
- Sind deutlich verkürzte Verweilzeiten zu erwarten?
- Werden in Verhandlungen, die mit der Finanzbehörde geführt werden, auch die notwendigen Leistungskomponenten berücksichtigt, für die die Kürzung der Besoldungsanpassung in 2008 um 1% vorgesehen war?
- Wird die Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen – auch damit ist eine Verkürzung der Verweilzeiten zu realisieren – zukünftig berücksichtigt?

Diese und viel mehr Fragen, Sorgen und Wünsche verbinden die Kolleginnen und Kollegen

mit dem nur in Grundzügen vorgestellten und trotz mehrfacher Aufforderung nicht weiter konkretisierten Laufbahnverlaufmodell.

Dazu möchten wir Ihnen auch unsere Position verdeutlichen:

An der Einführung einer Zweigeteilten Laufbahn für die Polizei Hamburg führt kein Weg vorbei.

Sinkende Bewerberzahlen, bessere Einstellungschancen in angrenzenden Bundesländern, schwierige Aufstiegsmöglichkeiten, Verzicht auf die Möglichkeit der Nutzung moderner Ausbildungselemente im Rahmen der Hochschule der Polizei, schwierige laufbahnrechtliche Abgrenzungen und viele weitere Problemfelder öffnen sich vor der Polizei Hamburg im Bereich der Personalentwicklung.

Das auch die Konkretisierung einer Leistungskomponente bislang nicht erfolgte, lässt den Glauben an eine moderne Polizei weiter schwinden. Dazu sei angemerkt, dass die zunächst seitens des Personalamtes getroffene Feststellung, dass ein Prozent der Besoldungsanpassung für die Entwicklung einer Leistungskomponente nun aus dem Fokus der Betrachtung gefallen ist.

Mit der überwiegenden Ausbildung im Laufbahnabschnitt 1 wird auf Jahrzehnte hinaus ent-



aktuell

Haushaltsberatungen beendet... Und was wird aus dem Laufbahnverlaufmodell....?

Nach unseren Erkenntnissen spielte das Laufbahnverlaufmodell keine grundlegende Rolle bei den vor kurzem abgeschlossenen Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2007 / 2008.

Zur Zeit finden Gespräche auf Arbeitsebene zwischen der Innenbehörde und der Finanzbehörde statt.

„Knackpunkte“ der Verhandlungen:

- Wie sollen die Leistungskomponenten Berücksichtigung finden?
- Was passiert mit den zu erwartenden Härtefällen?

Das Thema „Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen“ sowie die „Verkürzung der im Laufbahnverlaufmodell vorgesehenen viel zu langen Verweilzeiten“ scheint nicht zur Diskussion zu stehen.

Wir erwarten zu diesem Thema einen aktuellen Sachstand, haben dafür den Senator angeschrieben und werden weiter berichten.

Unsere Forderungen bleibt:

Die Zweigeteilte Laufbahn für die Polizei Hamburg

Der Landesbezirksvorstand
Hamburg, den 20.12.06

GdP Hamburg – Landesbezirk Hamburg – www.gdp-hamburg.de – Tel. 28 09 96-0

gegen der Entwicklung in bereits acht anderen Bundesländern ein eher historischer denn modern orientierter Ansatz gewählt.

Die bereits im letzten Jahrtausend bundesweit getroffene Feststellung, dass Polizeiarbeit im gehobenen und höheren Dienst anzusiedeln ist, scheint im Laufbahnverlaufmodell nur in Ansätzen umgesetzt zu werden.

Daher darf die Einführung eines Laufbahnverlaufmodells lediglich als der Einstieg in die konsequente Umsetzung einer Zweigeteilten Laufbahn gesehen werden.

Für diesen Weg werden wir mit Rat, Kreativität und Begeisterung zur Verfügung stehen.

Für eine aussagekräftige und zeitnahe Antwort wären wir dankbar.

Jörn Clasen,
Landesbezirksvorstand

Besuch aus Dessau

Vierzehn Dessauer Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich „Polizeiliche Prävention“ (Kriminal- und Verkehrsprävention) besuchten im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung in der Zeit vom 14.–16. Dezember 2006 die Hansestadt Hamburg, um die Arbeit und den Dienstablauf in einer Großstadt kennenzulernen.

Die Kollegen (Sch / K) kamen aus der Direktion Dessau, welche aus sieben Polizeirevieren und einem Stabsbereich sowie einem zentralen Kriminaldienst besteht.

In jedem Polizeirevier arbeiten jeweils ein Sachbearbeiter der „Kriminal- u. Verkehrsprävention“ und decken die Örtlichkeit großflächig im eigenen Zuständigkeitsbereich ab.

Interessiert waren die Kolleginnen insbesondere auch an Präventionsprojekte (wie z. B. „Cop4U“), wie sie in Hamburg umgesetzt werden.

Die Jungpensionäre, Willi Mahnke und Peter Leiste, arbeiteten für die Dessauer Gruppe ein Besuchsprogramm aus und betreuten sie während ihres dreitägigen Aufenthaltes in Hamburg.

Unser Landesvorsitzender (André Bunkowsky) empfing die



Die Kolleginnen und Kollegen aus Dessau vor der Davidwache.

Gruppe in der GdP-Geschäftsstelle und referierte über die Aufbauorganisation der Hamburger

Polizei mit ihren Regionen und PK's, dem LKA, der Wasserschutzpolizei, der Verwaltung und den Fachdienststellen usw.

Die GdP bedankt sich bei PL (Herrn Jantosch), der Präsidialabteilung, für die Genehmigung des Besuchsprogramms, um mit den auswärtigen Kolleginnen und Kollegen einige Dienststel-

Ein herzlicher Dank geht an die Dienststellen und Kollegen des PK 11 (Herrn Schröder PK 11/L und Herrn Lage-mann), PK 15 (Herrn Weide-mann PK 15/L, Frau Peters), LKA 62 (Herrn Streckwald), VLZ /PEZ (Herrn Bössow), sowie der Wasserschutzpolizei (WSPL Herr Spöntjes, WSPK 1/L Herr Frankowski, DGL Herr Cramm), den Jugendbeauftragten der Region Süd (Herrn Dierksen) sowie an den Leiter der WSPS (Herrn Köster).

Ferner geht ein Dank an den Präses der Innenbehörde, Herrn Udo Nagel, der gerne die Kolleginnen und Kollegen aus Dessau empfangen hätte, aber leider aus terminlichen Gründen absagen musste.

Die Kolleginnen und Kollegen aus Dessau waren von der Herzlichkeit und Offenheit der Hamburger Kolleginnen begeistert und dankten für die interessanten Referate und Informationen, die sie für ihre Arbeit mitnehmen konnten.

Peter Leiste

len zu besichtigen und um einen Einblick in die Arbeit der Fachdienststellen zu bekommen.

MITGLIEDPLUS

Das Rätsel: Der Polizeischnipsel

Beginnen haben wir damit im Januar, nun setzen wir dies fort: Was stellt dieser Polizeischnipsel dar?

Wer meint erkannt zu haben, um was es sich handelt, schreibt bitte eine kurze E-Mail an die GdP Hamburg unter gdp.hamburg@t-online.de und nimmt damit an diesem Rätsel teil. Natürlich geht dies auch per Brief

oder auf dem direkten Weg an die Geschäftsstelle in der Hindenburgstr 49. Als Preis winkt ein Überraschungs-Artikel aus dem Angebot der OSG, einer Servicegesellschaft der GdP.

Unter den Teilnehmern mit der richtigen Antwort werden der Gewinner oder die Gewinnerin zum Monatsende ausgelost und persönlich benachrichtigt.

Jörn Clasen,
Landesbezirksvorstand



Was ist das?

FACHGRUPPE VERWALTUNG

Irrsinn oder Reform?

Der Irrsinn hat einen Namen: Rente mit 67. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat dazu am 29. November ein Gesetzespaket geschnürt, das im Frühjahr vom Deutschen Bundestag beschlossen werden soll.

Koalitionsbeschluss:

Von 2012 an steigt das Renteneintrittsalter mit jedem Jahr vom Jahrgang 1947 an um einen Monat. Ab Jahrgang 1959 sogar um zwei Monate. Ab Jahrgang 1964 gibt es dann die Rente mit 67 Jahren.

Wer 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, kann bereits ab 65 ohne Abschläge in Rente gehen.

Wer mindestens 35 Versicherungsjahre voll hat, kann künftig mit 63 Jahren (bisher 60) in Rente gehen. Für jeden Monat früher gibt es aber einen Abzug von 0,3 Prozent. Wer künftig mit 63 Jahren in Rente gehen kann, bezieht dafür mit bis zu 14,4 Prozent weniger Rente – ein Leben lang.

Arbeitnehmer, die einschließlich 1954 geboren wurden und bis zum Ende des Jahres einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen haben, können weiter-

hin mit 62 in Rente gehen, abschlagsfrei mit 65 Jahren.

Erwerbsminderungsrentner können bis 2023 nach 35 Beitragsjahren weiterhin mit 63 Jahren ohne Einbußen ausscheiden. Von 2024 an gilt dies nur noch nach 40 Beitragsjahren.

Selbst die Bundesregierung hat gemerkt, dass ihre „Reform“ weder gut ankommt, noch in der beabsichtigten Form wirkt. Der Beitragssatz kann damit nicht dauerhaft unter 20 Prozent gehalten werden und steigt schon im nächsten Jahr auf 19,9 Prozent.

Es ist schon sarkastisch, wenn eine halbe Million junger Menschen unter 25 Jahren keinen Einstieg ins Berufsleben findet, ein Arbeitsloser mit 50 Jahren kaum mehr Chancen auf Vermittlung hat.

Jetzt die Rente so unverblümt zu kürzen, ist schon ein starkes Stück. Wer bis 67 arbeitet erhält zwei Jahre weniger Rente. Und

wer vorher in Rente geht, der bekommt 7,2 Prozent von der Altersrente abgezogen.

Das da eine Zeitbombe tickt, wenn Massenarbeitslosigkeit und sinkende Realeinkommen nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon für die Rentnerinnen und Rentner von heute und morgen die Einkommen schmälern, darüber haben viele großzügig hinweggesehen.

Unternehmernahe Wissenschaftler, Journalisten und Politiker erklären immer wieder die Ursache für einen angeblichen „Sachzwang“. Das solidarisch finanzierte Rentensystem sei zu teuer – für wen eigentlich? – und müsse „radikal reformiert werden, am besten abgeschafft werden. Wir sind auf den besten Weg dahin!

Reform oder Rutschbahn in die Sozialhilfe?

Kolleginnen und Kollegen, allein durch den Kabinettsbeschluss ist das ja noch lange nicht entschieden. Entscheiden muss das Parlament. Die Gewerkschaften werden bis dahin natürlich weiter versuchen, diese un-

sinnige Entscheidung zu verhindern und noch eine Änderung zu erzielen.

„Man kann etwas verändern, wenn man sich rührt“

Das nicht so viele Menschen auf der Straße demonstrieren zeigt, wie groß die Politikverdrossenheit schon geworden ist. Wir müssen die Menschen wieder mitnehmen und dazu bringen, dass sie sich einmischen. Das ist eine urdemokratische Aufgabe, die wir als Gewerkschaft übernehmen müssen. Andre tun es nicht für uns!

Man muss einfach Rückrat zeigen! Das wurde durch Streik ganz deutlich.

„Wenn alle Angst haben und sich nicht wehren, werden wir nichts verändern.“

*Sylvia Silvester,
Fachgruppenvorsitzende*

LANDESBEZIRKSVORSTAND

GdP: Einspruch per Musterbrief möglich!

Die Veränderungen bei der Pendlerpauschale sollten nicht einfach akzeptiert werden. Im Gegensatz zur aktuellen Regelung sollen nach dem Steueränderungsgesetz 2007 Fahrten zur Arbeit für die ersten 20 Kilometern nicht mehr steuerlich absetzbar sein.

Wir möchten euch die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durch den Steuerrechtler Prof. Dr. Joachim Wieland erstellten Rechtsgutachten und Musterbriefe zur Ver-

fügung stellen, mit denen bei den Finanzbehörden beantragt werden kann, die Entfernungspauschale wie bisher steuerlich anzuerkennen. Mit Hilfe der Musterschreiben kann zu-

nächst ein Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung gestellt, im zweiten Schritt aber auch ein Einspruch gegen die Ablehnung des Lohnsteuerermäßigungsantrages 2007 eingelegt werden.

Formulierungen in den Musterbriefen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass die ArbeitnehmerInnen nach einem möglichen abschließenden Urteil des Bundesverfassungsge-

richtes zu viel gezahlte Steuern zurückerhalten.

Die genannten Musterbriefe sind unter www.gdp.de/hamburg herunterzuladen.

*Jörn Clasen,
Landesbezirksvorstand*

„Was macht die Gewerkschaft für mich?“

Diese Frage stellt sich – so oder so ähnlich – manche Kollegin oder Kollege. Was macht eigentlich der Landesvorsitzende André Bunkowsky oder der Landesvorstand den ganzen Tag? Und von der Fachgruppe Wasserschutzpolizei hört man auch nichts! Alle haben einen „Fulltime-Job“ bei der Polizei Hamburg.

Im Gegensatz zu den freigestellten Mitgliedern des Personalrates erfolgt die gewerkschaftliche Arbeit der GdP in Form von Teilnahme an Veranstaltungen, Pressearbeit, wöchentliche Sitzungen etc. in der Freizeit.

Gewerkschaftliche Forderungen z. B. der Erhöhung der Besoldungen, besseren Beför-

derungen oder der Beibehaltung der Pensionierungsgrenze bei 60 Jahren können zwar durch Zeitungsartikel, Gesprächen mit Polizeiführung und Politik bewegt werden.

Die Zurückweisung gewerkschaftlicher Forderungen durch die Politik, mit dem Argument leerer Kassen, kann jedoch nur durch entschlossenes

Auftreten Nachdruck verliehen werden.

Druck kann unter anderem durch eine entsprechende Zahl der Forderungen erzeugt werden.

Gewerkschaften werden zukünftig kaum etwas bewegen, wenn z. B. bei Demonstrationen gegen weitere Sparbeschlüsse des Senats, außer den o. g. Vorstandsmitgliedern – also ca. 30 GdP-Mitgliedern – weitere GdP-Mitglieder diese Forderungen nicht unterstützen.

Die Eingangsfrage muss also lauten:

„Wofür soll sich die Gewerkschaft einsetzen und wel-

chen Beitrag will ich selbst dafür bringen?“

Und jeder möge sich fragen, welchen Beitrag habe ich zur gesamten Gewerkschaftsarbeit im Jahre 2006 bislang geleistet?

*Der Fachgruppenvorstand
WS*

KOMMENTAR

Endet es bei den Socken?

Nicht rote Socken sind das Problem, weit gefehlt. Auch nicht schwarzer Filz. Für die WSP gibt es keine blauen Socken mehr. So hat also auch hier der Verfall der Werte Einzug oder Anzug? gehalten. Auf Nachfrage an die LPV, warum nun das LZN keine blauen Socken mehr vorhält:

„Blaue Socken sind bereits in 2006 ausgelaufen und wurden vom LZN aus dem Programm genommen. Im Rahmen der Standardisierung von Dienstkleidung wurden alle Dienstzweige auf schwarze Socken umgestellt... Ob man schwarze Schuhe, blaue Socken, blaue Hose trägt oder schwarze Schuhe, schwarze Socken, blaue Hose ist von eher untergeordneter Bedeutung.“ Ob dieser Kollege denn auch blaue Socken zum schwarzen Anzug trägt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, und ob es denn auch

von untergeordneter Bedeutung ist, gleich die schwarze Hose dazu anzuziehen bleibt ebenfalls offen. Alles eben eine Frage des Geschmacks oder dessen Verirrung.

Ja sind denn blaue Socken so wichtig? Männer und Frauen der WSP aufgemerkt, es beginnt mit den Socken und endet bei der Colanijacke. Wollen wir das? Nein. (Übrigens: Wie gut, dass wir dieses Jahr keinen Winter haben, die passende Mütze dazu gibt's ja immer noch nicht...)

Wer fährt wo?



Markus Dornseif vom WSPK 1 zur WSP 033

Dirk Metzendorf vom WSPK 1 zur WSP 033

Frank Seeger von WSP 033 zum WSPK 2

Wolfgang Blunk vom WSPK 2 zur PSt/Projektgruppe

Karin Eisenberg vom ZD 524 zur WSP 021

FACHGRUPPE SENIOREN

Mitgliederversammlung, Preisskat und unser Seminar in Barendorf

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beginnen möchte ich mit meinem Bericht über unsere Mitgliederversammlung am 12. November 2006, in der Herr Wolfgang Sielaff über seine Tätigkeit im „Weißen Ring“ berichtet hat und für Fragen zur Verfügung stand. Auch wenn ich nicht, wegen des GdP-Kongresses in Berlin, anwesend sein konnte, habe ich von vielen Seiten erfahren, dass wieder ein Thema gewählt wurde, das von Interesse ist. Herrn Sielaff auf diesem Wege nochmals herzlichen Dank.

Gleichzeitig war dies der Jahresabschluss 2006 der Seniorenversammlung mit dem Adventskaffee. Obwohl etwa 100 Mitglieder anwesend waren, wurden Kaffee und Kuchen nicht alle. Auch damit,

- sowie der Elbfahrt im August mit 98 Teilnehmern,
- mit unserem APS-Betreuungsprogramm und
- weiteren Seniorenveranstaltungen neben den acht Mitgliederversammlungen hoffe ich, dass Gerüchte in der Hinsicht, die GdP sei pleite wegen des vierteljährigen Streiks, endlich verblasen. Wir werden weiter mit unseren Mitgliedern arbeiten und weiterhin für sie kämpfen. Die GdP ist finanziell so gut aufgestellt, das wir, wenn es sein muss, auch weitere Streiks für unsere Mitglieder finanzieren und nicht nur einige Show-Veranstaltungen machen, die dem Arbeitgeber nur ein müdes Lächeln abringen. Schade, dass es sich nur die GdP leisten konnte, den Streik durchzuführen. Gemeinsam mit anderen Organisationen wären wir sicher noch erfolgreicher gewesen.

Preisskat:

Am 6. Dezember 2006 fand unser letztjähriger Nikolauspreisskat statt. 74 Teilnehmer rangen um Preise im Gesamtwert von knapp 1000,-€. Auf diesem Wege nochmals herzlichen Dank unseren Sponsoren, Herrn Herbert Baur – Personalrestau-

rant, dem Polizeipräsidium, unserer Versicherung Signal-Iduna und natürlich auch der Gewerkschaft als Veranstalter. Den Trostpreis erhielt unser Pensionär Jens Matthias aus Wedel.

Er hatte an diesem Nachmittag wenig Glück, obwohl er bereits seit Jahren dabei ist.

Die weiteren Preise durften ausgesucht werden. Preisträger waren:

- Rolf Zander, 2236 Pkt.
- Koll. Waschow, 2198 Pkt.
- Heinz-Jürgen Kerlies, 2192 Pkt.
- Matthias Idel, 2118 Pkt.
- Walter Oberleitner, 2106 Pkt.

Den ersten Preisträgern einen besonders herzlichen Glückwunsch und allen anderen möchte ich sagen:

Auf ein Neues am 5. Dezember 2007!

Besonders gefreut hat mich die Teilnahme der Fachhochschüler Sascha Gottesmann und Mathias Idel. Sie haben mir in der zweiten Runde gezeigt, dass nicht nur Erfahrung zählt, Mathias wurde Vierter. Ich sage nur „Jungs bleibt so“.

Auch unseren ehemaligen Landesvorsitzenden Kurt Hopp und Manfred Bienert, die sich gut geschlagen haben, weiterhin alles Gute.

Unterstützung gesucht!

Liebe Skatfreunde, ich suche weiterhin eine/n Kollegen/In, der/die die Fortführung des Preisskates verantwortlich übernimmt, da der Kollege Dieter

Köster aus gesundheitlichen Gründen ausfällt und ich wegen meines Alters gerne weiterhin beratend zur Verfügung stehen möchte (auch beim Einkauf). Wer dies kann, melde sich bitte bei mir, Tel. u. Fax 8 00 44 34.

Seniorensseminar 23.– 27. Oktober 2006 in Barendorf: Lebendige Demokratie

Auch unser Seminar unter der Leitung von Leo Wölki im zweiten Halbjahr war wieder gut besucht. Die Einzelthemen waren u. a. die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Was ist demokratisch an Demokratie? Oder auch die Formen der Demokratie – ein Blick über den Zaun, Demokratie: eine Lebensform und nicht nur ein Abstimmungsverfahren sowie „Politische Bilder“ in Unterhaltungsmedien.

„Wasser für das Leben“

Unser nächstes Seminar findet in der Zeit vom 16. bis 20. April 2007 wieder in Barendorf statt.

Ein Thema, das uns alle interessiert, gerade in einer Zeit, in der über Umweltverschmutzung Vieles im Argen liegt.

Anmeldung bitte bei Karin Hopp, GdP, Tel.: 28 08 96 17 oder Leo Wölki, Tel.: 6 53 65 73

Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlung am 13. Februar 2007, 15 Uhr, im Personalrestaurant des Polizeipräsidioms

Dort wird es Informationen zum Thema „Versandapotheke“ geben.

Hans-Hermann Fritsche

Apothekenartikel günstig beziehen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso wie wir als Gewerkschaft für Euch da sind, haben wir über unser Sozialwerk wieder eine Einsparmöglichkeit ausgehandelt, die gerade in der heutigen Zeit sehr hilfreich sein kann.

Es handelt sich insgesamt um ca. 200 000 Artikel. Auf Rezept gibt es allerdings keinen Nachlass, die Medikamente können jedoch auch in einem Freiumschlag angefordert werden und werden anschließend kostenfrei zugesandt.

Wir haben mit der Fa. Vitaware ausgehandelt, dass sich GdP-Mitglieder dort anmelden können. Wer Interesse hat, kann

weitere Einzelheiten in unserer nächsten Mitgliederversammlung am 13. Februar 2007 erfahren. Frau Küppers von der Fa. Vitaware wird das Modell vorstellen und weitere Infos dazu geben. Weitere Infos gibt es auch im Polizeisozialwerk unter Tel. 28 08 96-15 oder unter www.gdp-hamburg.de.

Hans-H. Fritsche

70. Geburtstag

2. Februar 2007
Wilma Neller
7. Februar 2007
Gera Meyer
16. Februar 2007
Heinz Meyerstrack
19. Februar 2007
Ingrid Kunau
Gerhard Schröder
20. Februar 2007
Klärchen Fiedler
22. Februar 2007
Hermann Koch

80. Geburtstag

7. Februar 2007
Johannita Krippendorf
12. Februar 2007
Waldemar Bretagne
22. Februar 2007
Albert Fehlberg

85. Geburtstag

18. Februar 2007
Gerhard Berger
22. Januar 2007
Robert Jonas
27. Februar 2007
Otto Lange

86. Geburtstag

4. Februar 2007
Werner Dahse
14. Februar 2007
Ilse Pfeiffer
18. Februar 2007
Gerda Schrieber
21. Februar 2007
Walter Ulber
22. Februar 2007
Thea Mohrmann

87. Geburtstag

16. Februar 2007
Wilhelm Leisten
25. Februar 2007
Elli Tietz
28. Februar 2007
Justus Haack
Walter Unruh

90. Geburtstag

8. Februar 2007
Emma Sensen

91. Geburtstag

17. Februar 2007
Martha Marten

92. Geburtstag

2. Februar 2007
Rosamunde Pietsch
7. Februar 2007
Wilhelm Heiss

93. Geburtstag

2. Februar 2007
Albert Schmidt
15. Februar 2007
Grete Lübbe

97. Geburtstag

5. Februar 2007
Margarethe Kähler

98. Geburtstag

22. Februar 2007
Elli Möller

99. Geburtstag

24. Februar 2007
Gertrud Schröder

100. Geburtstag

27. Februar 2007
Meta Kellermann

25-j. Dienstjubiläum

1. Januar 2007
Stephan Nowak OAR LPV 2010
Anke Wittern KOK'in PK 22
1. Februar 2007
Manfred Blöcker PK IuK 32
Ralf Claussen PHM FLD 31
Andreas Hoppe KHK ZD 614
Guido Hurst PHM VD 31
Rebuschat Birgit PD'in PK 250
Volker Schwien PHM PK 22
Gunnar Siemen PHM WSPK 2
Dietmar Staecker PK WSPK 2
2. Februar 2007
Stephan Glaser PHK PK 35
4. Februar 2007
Michael Gauda PK PK 31
Torsten Janssen PK LKA 24
Dirk Müller PK LPS 16

40-j. Dienstjubiläum

2. Januar 2007
Bernd Maßalski PHK WSP 031
Eberhard Runge KHK LKA 101
Hanswerner Timm PHK PK 26
Rolf-Dieter Voß POK VD 101

wohlverdienten Ruhestand

28. Februar 2007
Heinz-Peter Waack PHM
LBP 401
Rainer Kroll POK VD 1

Anzeige

Bestattungs- vorsorge

Wir beraten Sie gern!

GBI

Großhamburger
Bestattungsinstitut rV

Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg

040 - 24 84 00

www.gbi-hamburg.de

STERBEFÄLLE

1. Dezember 2006 Werner Kumberg, PHM i. R.	12. Dezember 2006 Alfred Machein, KHM i. R.	18. Dezember 2006 Herbert Thyen, PHM i. R.
3. Dezember 2006 Herbert Hackenberg, PHM i. R.	12. Dezember 2006 Hans-Günter von Ahn, POK i. R.	19. Dezember 2006 Rolf Kunde, PHM i. R.
8. Dezember 2006 Otto Beier, PHM i. R.	12. Dezember 2006 Winfried Plath, PHM i. R.	20. Dezember 2006 Hans-Joachim Korbelt, PHM i. R.
9. Dezember 2006 Harry Siegel, KHM i. R.	16. Dezember 2006 Gisela Brüning, PHMin. i. R.	25. Dezember 2006 Heico Dostal, PHK
10. Dezember 2006 Friedrich Hampel, POK i. R.	17. Dezember 2006 Johanna Rimek, Witwe	25. Dezember 2006 Marie Martens, Witwe

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.